

Aus Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft in der geteilten Welt

Bemerkungen zur Enzyklopädie „Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft“

Die Teilung der Welt zwischen den Staaten des „sozialistischen Lagers“ und dem Einflußbereich der freiheitlich verfaßten Staaten des Westens ist, auch wenn man die zunehmend selbständige Rolle der Entwicklungsländer und die Risse im Gefüge des kommunistischen Welt-systems, insbesondere den sowjetisch-chinesischen Konflikt, in Rechnung stellt, bestimmendes Faktum der gegenwärtigen politischen und geistigen Situation. In denjenigen Ländern, die wie Deutschland durch den Verlust ihrer nationalstaatlichen Einheit unmittelbar von der Trennung der Hemisphären betroffen sind, fällt die Einsicht nicht leicht, daß dieser Zustand, der ursprünglich durch das atomare Patt der Großmächte eintrat, auf alle absehbare Zeit hingenommen werden muß, wie umgekehrt die Fortdauer dieses Zustandes das Verhältnis der feindlichen Partner zueinander auch qualitativ verändert. Mit der stillschweigenden Übereinkunft der USA und der UdSSR, grundlegende Verschiebungen des machtpolitischen status quo nicht zuzulassen, gewinnt der Begriff der „Koexistenz“ einen positiveren politischen Inhalt, als ihm sowohl nach der offiziellen sowjetischen Interpretation wie dem westlichen Verständnis nach zukommt.

Das System und seine Modifikationen

Das Nebeneinander zweier noch so wesensverschiedener politischer Systeme auf lange Sicht verändert das bloß negativ-polemische Verhältnis, das nicht zuletzt einen Austausch auf wissenschaftlicher Basis wesentlich beeinträchtigte. Ökonomische, technische und kulturelle Kontakte, die von beiden Seiten angestrebt werden, wirken sich zugunsten einer Versachlichung auch im ideologisch-propagandistischen Konflikt aus. Hier wie dort sind die Hoffnungen der Zeit des offenen Kalten Krieges zerstoßen, daß das gegnerische System an Stabilität einbüßen werde. Während die Sowjets die unbequeme Tatsache hinnehmen müssen, daß sich der „Kapitalismus“ als effektiv und in ökonomischen Krisen auch unerwartet flexibel erweist, kann der Westen an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß in den kommunistischen Ländern trotz erheblicher Planungsmängel wesentliche technische und wirtschaftliche Erfolge erreicht worden sind, die auf die Dauer allen Bevölkerungsgruppen zugute kommen werden. Der Mentalitätswandel, der sich hierin andeutet und dem Bestreben nach Entspannung parallel läuft, geht in Richtung einer realistischen und nüchternen Einschätzung des kommunistischen Systems und seiner Modifikationen infolge unterschiedlicher sozialer und historischer Voraussetzungen. Er erleichtert den Kontakt auf fachwissenschaftlicher Ebene. Die Erfahrungen zahlreicher internationaler Kongresse lassen die Feststellung zu, daß die marxistisch-leninistische Forschung nicht nur aus Prestigegründen, sondern auch aus sachlichen Motiven starkes Interesse daran hat, den Kontakt zur westlichen Forschung zu pflegen, wenngleich der Bewegungsfreiheit der kommunistischen Wissenschaftler vom westlichen Standpunkt aus vielfach unerträglich enge Grenzen gezogen sind. Erfahrungen dieser Art zeigen jedoch zugleich, daß man-

gelnde methodische Reflexion und unzureichende Kenntnis auf seiten des westlichen Partners zu an sich vermeidbaren Mißverständnissen führen. Sicherlich trifft es zu, daß dort, wo die Diskussion über die Erörterung von stofflichen und Detailproblemen hinaus zur Konfrontierung von einander grundsätzlich ausschließenden Standpunkten führt, praktische Resultate kaum erzielt werden können. Gleichwohl sollte sich die westliche Forschung der kommunistischen Kritik stellen und auf den Versuch nicht verzichten, das Gebiet möglicher Übereinstimmung bei sonst grundsätzlichen ideologischen Differenzen abzu-stecken.

Die deutsche Sondersituation

Die innerdeutsche Diskussion ist vielfach nicht unter diesem Gesichtspunkt geführt worden; das Wort von der „Querelle allemande“ im abschätzigen Sinne deutet darauf hin, daß die polemische Zuspitzung bestehender Differenzen zwischen der westdeutschen und der sowjetzonalen Forschung im Ausland keinerlei Verständnis gefunden hat. Zu dem durch die Anerkennungsfrage belasteten extrem antagonistischen Verhältnis zwischen den beiden Deutschland trat verschärfend die Neigung der westdeutschen Partner hinzu, im Bewußtsein der beträchtlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte der Bundesrepublik die innere Stabilisierung der SBZ zu unterschätzen und die vielgeforderte „geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“ ausschließlich mit pragmatischen Argumenten zu führen, ohne die ungleichen Startchancen des Ulbrichtschen Systems zu berücksichtigen. Ein solches Sich-Einiegeln im Bewußtsein eigener Erfolge pflegt in der Regel mit einem unreflektierten Antikommunismus verknüpft zu sein, wie er in Deutschland seit den zwanziger Jahren, sehr zum Schaden des demokratisch-parlamentarischen Systems, lebendig ist und vielfach zu innenpolitischen Zwecken mobilisiert wird, die mit der Abwehr der kommunistischen Bedrohung wenig gemein haben.

Daß in der gegenwärtigen Situation ein wie immer affektbeladener Antikommunismus nicht weiterhilft, vielmehr geeignet ist, zu einer falschen Einschätzung der Vorgänge im Ostblock zu führen, liegt auf der Hand. Zugleich verbirgt sich hinter einem angeblich gesinnungstüchtigen Antikommunismus vielfach ein hohes Maß geistiger Bequemlichkeit, erspart doch eine im vorhinein deklarierte pauschale Ablehnung des Kommunismus umfassende geistige Auseinandersetzung. Das gilt in spezifischem Sinne von dem Verhältnis Westdeutschlands zur „DDR“. Die Erforschung der inneren Entwicklung der „DDR“ ist bislang eine Angelegenheit von Außenseitern geblieben; abgesehen von einigen offiziellen Dokumentationszentren, gibt es keine wissenschaftliche Institution, die sich spezifisch mit diesen Problemen befaßt, und es verwundert nicht, daß wissenschaftliche Fachbibliotheken sich gelegentlich sträuben, Fachliteratur aus der „DDR“ anzuschaffen. Dieses Beispiel deutet daraufhin, daß unter der Decke einer betont antikommunistischen Einstellung ein tiefgreifendes Desinteresse festzustellen ist, wenn es sich um Fragen handelt, die nicht unmittelbar das Tages-geschehen beeinflussen.

Man kann dem entgegenhalten, daß nicht zuletzt in der Bundesrepublik zahlreiche wissenschaftliche Institutionen sich mit Problemen des sowjetischen Herrschaftssystems

beschäftigen und eine umfängliche Publizistik sich diesen Fragen zuwendet. Die Sowjetologie, zu Unrecht manches Mal als „Kreml-Astrologie“ ironisiert, ist geradezu zu einer Modewissenschaft geworden. Ohne Zweifel ist die Analyse der komplizierten politischen, sozialen und kulturellen Prozesse im Ostblock eine Aufgabe für den Spezialisten, schon weil neben den normalen sprachlichen Schwierigkeiten der Mangel an zuverlässigen Informationen einen eigens für diese Aufgaben ausgerichteten Apparat erfordert. Andererseits schließt die Entstehung einer Disziplin wie der „Sowjetwissenschaft“, die nur von ihrem Gegenstand her, nicht aber systematisch von den Nachbarwissenschaften geschieden ist, den grundsätzlichen Nachteil ein, daß die geistige Konfrontation mit dem Kommunismus dergestalt einigen wohl dotierten und mit hervorragenden Sachkennern besetzten Spezialinstituten übertragen wird und die Publizistik in einzelnen Fällen Sowjetexperten geradezu „aufbaut“, ohne daß deren Arbeit in die Gesamtheit der Wissenschaften integriert ist. Das unterstützt die Tendenz, die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus Experten zu übertragen, die sich die demokratische Gesellschaft informationshalber zur Verfügung hält.

Hierin deutet sich das Problem an, daß die Zweiteilung der Welt und des politischen Denkens in der Auffächerung der Wissenschaften selbst eine Fortsetzung findet — daß die klassischen Fachwissenschaften, in der Annahme der Irrelevanz der kommunistischen Auffassungen, weiter verfahren, als ob es diese nicht gäbe, andererseits die spezialisierte „Sowjetologie“ aus einem relativ engen, gegenwartspolitisch bestimmten Bedürfnis heraus pragmatisch fortbetrieben wird, ohne gezwungen zu sein, ihre wertenden Kategorien in der Konfrontierung mit den Sozialwissenschaften, der Geschichtswissenschaft und der Philosophie zu überprüfen. Wie stark die Tendenz besteht, Fragen des Kommunismus aus dem Themenbereich der traditionellen Disziplinen auszuklammern, zeigt sich beispielsweise daran, daß viele Institute für neuere Geschichte an deutschen Universitäten beinahe selbstverständlich davon ausgehen, daß kommunistische Fachliteratur von den osteuropäischen Instituten angeschafft wird, auch wenn sie gar die Geschichte Osteuropas betrifft.

Die Gefahr fixierter Idealmodelle

Gerade im Hinblick auf die internationale Forschung erscheint es als unabdinglich, die marxistisch-leninistische Forschung trotz allen propagandistischen Beimischungen, die sich namentlich in mitteldeutschen Publikationen finden, zu beachten und sie nicht einfach mit polemischem Akzent abzuwehren oder von vornherein zu ignorieren. Das setzt voraus, daß die westliche demokratisch verfaßte Gesellschaft bereit ist, die Auseinandersetzung mit Fragen des Kommunismus nicht einfach von einem fixierten Idealmodell des demokratischen Staatswesens aus zu führen, sondern die eigenen Postulate kritisch zu überprüfen. Es ist Kennzeichen der freien Welt, daß sie dem Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus kein auch nur annähernd so geschlossenes weltanschauliches System entgegenzusetzen kann und will. Dem Pluralismus der Gruppen und Verbände entspricht eine Vielfalt politischer Grundanschauungen, die jeweils nur eine partielle Verbindlichkeit beanspruchen können. Damit ergibt sich die prinzipielle Schwierigkeit, generelle Aussagen über den Inhalt des Konsensus zu machen, der die Grundlage eines funktionierenden demokratischen Staatswesens darstellt und

der, über die Kritik am Kommunismus hinaus, den inneren Zusammenhalt des freien Westens begründet.

Ein Versuch, die in der westlichen Welt vertretenen Auffassungen gegenüber dem vergleichsweise einheitlichen kommunistischen Standpunkt zu formulieren, führt zu der Verlegenheit, daß ein gemeinsamer Nenner kaum anders als mit dem Begriff „nicht-kommunistisch“ zu umschreiben ist. Man könnte daraus die Notwendigkeit oder doch Wünschbarkeit folgern, zu einer Synthese des westlichen Denkens zu gelangen, die über fast zum Schlagwort gewordene Formeln wie „freiheitlich“ und „demokratisch“ oder die sich in der kommunistischen Terminologie anbietenden Begriffe „bürgerlich“ und „kapitalistisch“ hinaus zu einer positiven Bestimmung der gemeinsamen Wertgrundlagen vordringt. Denn es ist unbefriedigend, diese Synthese nur aus dem Gegensatz zu totalitärer Herrschaft und kollektivistischem Denken heraus vorzunehmen. Für die aus der Konfrontation mit dem kommunistischen System sich ergebende geistige Situation des Westens scheint uns die Forderung bezeichnend zu sein, daß man zu einer „Bestandsaufnahme“ oder einer „Bilanz“ der für die westliche gesellschaftliche Wirklichkeit verbindlichen oder sie doch konstituierenden Werthaltungen gelangen müsse. Nun enthält der Begriff der „Bestandsaufnahme“ im Grunde bereits den Verzicht auf eine Synthese; er läuft vielmehr auf eine Art Summierung der noch intakt scheinenden und für das Ganze der Gesellschaft relativ verbindlich geltenden Normen hinaus.

Notwendige Differenzierung

Das in solchem Zusammenhang gern gebrauchte Wort „Bestandsaufnahme“ deutet zugleich daraufhin, daß es sich bei Versuchen, die Position der Nicht-Kommunisten zu bestimmen, vorwiegend um eine Orientierung an traditionellen Werten handelt. Sie mag ausreichen, um gegenüber dem formalen System des dialektischen und historischen Materialismus überlegen zu argumentieren, aber doch nur deshalb, weil die marxistisch-leninistische Theorie selbst in entscheidenden Punkten dem Denken des frühen 19. Jahrhunderts verhaftet ist und ihre Adaptierung an die Bedingungen der hochindustriellen Gesellschaft und die Fortschritte von Wissenschaft und Technik zu vielfältigen inneren Widersprüchen führt, die durch ideologische „Hilfskonstruktionen“ nur mühselig überdeckt werden. Es erscheint hingegen zweifelhaft, ob aus einer Haltung heraus, die ganz wesentlich im Rückgriff auf historisch tradierte Wertbegriffe — wie etwa auf das Postulat persönlich-individueller Freiheit im naturrechtlichen oder liberalen Sinne — die eigene Position zu bestimmen sucht, ein hinreichendes Verständnis der sozialen und geistigen Prozesse im kommunistischen Bereich möglich ist, welche gerade auf eine Differenzierung und Neuinterpretation des vom historischen und dialektischen Materialismus bestimmten Lehrgebäudes hinauslaufen.

Die mit dem China-Konflikt vor aller Augen sich vollziehende innere Auffächerung des Kommunismus läßt es fragwürdig erscheinen, dem Sowjetkommunismus ein geschlossenes Ideensystem des freien Westens entgegenstellen zu wollen. Gerade die Vielfalt westlicher Positionen stellt die sowjetische Ideologie vor die Verlegenheit, schlagwortartige Formeln wie „Kapitalismus“, „Imperialismus“ und „Faschismus“ zu differenzieren, da sie nicht ausreichen, um die westliche Politik und politische Theorie auch nur hinreichend adäquat zu umschreiben. Die Pluralität möglicher oder dominanter politischer Werthaltungen in

der westlichen Welt ist somit entscheidender Faktor in der geistigen Konfrontation von Kommunismus und demokratischer Ordnung im westlichen Sinn; eine „Bestandsaufnahme“ würde das entscheidende Bestimmungsmerkmal des nicht-kommunistischen Denkens verwischen, das darin besteht, die Probleme des sozialen und kulturellen Wandels, der unsere Epoche kennzeichnet, zu erörtern und traditionelle politische Positionen und Frontstellungen zu überwinden. Das schließt die Bemühung nicht aus, zu einer neuen Synthese zu gelangen, die von liebgewordenen Vorstellungen, wie dem Idealbild einer auf politischem Sachverstand und tatsächlicher Entscheidung jedes einzelnen Staatsbürgers beruhenden Demokratie, abrückt und nicht so sehr das Bestehende als das unter günstigen Bedingungen vielleicht realisierbare Ziel einer hochindustrialisierten Gesellschaft entwirft, die gleichwohl das Maß sozialen Zwangs und der Entmündigung der einzelnen durch anonym-bürokratische Strukturen möglichst gering hält.

Reflexion über die Grundlagen

Es leuchtet unmittelbar ein, daß unter einem solchen Gesichtspunkt die Auseinandersetzung mit den inneren Prozessen der kommunistischen Welt nicht mehr nur lästige, durch die politischen Verhältnisse aufgezwungene Tätigkeit ist, sondern unmittelbar mit der Reflexion über die Grundlagen der gesellschaftlichen Wirklichkeit in den westlichen Industrieländern zu tun hat. Denn eine auch nur oberflächliche Analyse ergibt mit aller Deutlichkeit, daß sich trotz denkbar entgegengesetzter ideologischer Positionen im Westen und im Osten die gleichen oder mindestens gleichartige Probleme des sozialen und kulturellen Wandels stellen, weil beide Lager, wenn auch mit Phasenverschiebungen im einzelnen, die aus der Entfaltung der arbeitsteiligen Industriegesellschaft entspringenden objektiven sozialen Konsequenzen bewältigen müssen. Gegenüber den sich hier aufdrängenden realen und unmittelbaren Beantwortung heischenden Problemen tritt der ideologische Konflikt nach und nach zurück. Hier liegt der Ausgangspunkt für eine gewisse gemeinsame Grundlage enger Kontakte zwischen der westlichen und der marxistisch-leninistisch geprägten Forschung.

Wie immer eine mögliche Synthese der westlichen demokratischen Position inhaltlich bestimmt werden mag, in jedem Falle erfordert sie eine Auseinandersetzung mit der kommunistischen Welt, die über die Klärung der traditionell bedingten ideologischen Fronten zur vergleichenden Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit beiderseits des „Eisernen Vorhangs“ vordringt. Das bedeutet, daß alle Bereiche umfaßt werden, alle Disziplinen beteiligt sein müssen. Eine vergleichende Betrachtung konvergierender Probleme in Ost und West kann ferner nicht dabei stehenbleiben, ein Resümee der jeweils vertretenen Auffassungen zu geben, sie wird fruchtbar erst, wenn sie Übereinstimmungen und Unterschiede herausarbeitet und die methodischen sowohl wie die ideologischen Implikationen hervorhebt, die den Beurteilungsdivergenzen zugrunde liegen. Eine solche systematische Konfrontation des westlichen Denkens mit der marxistisch-leninistischen Theorie und Forschung setzt eine gründliche Erschließung des wissenschaftlichen Schrifttums in den Ostblockländern voraus, verlangt aber zugleich eine Überprüfung der westlichen Standpunkte in methodologischer Hinsicht.

Die vorstehend skizzierte Aufgabe, die wissenschaftlichen Positionen von Demokratie und Kommunismus einer um-

fassenden vergleichenden Analyse zu unterziehen und damit zugleich eine Standortbestimmung der freiheitlich verfaßten Gesellschaft des Westens gegenüber dem kommunistischen Herrschaftssystem zu geben, ist das anspruchsvolle Ziel der im Verlag Herder erscheinenden vergleichenden Enzyklopädie, deren erster Band nunmehr vorliegt. Der Titel „Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft“ bezeichnet die beiden Pole, die Ausgangspunkte der vergleichenden Betrachtung sind. In dem auf zunächst fünf Bände konzipierten Werk werden die zwischen Kommunismus und westlicher Welt wesentlichen Kontroverspunkte in lexikalischer Form behandelt; sie umfassen alle wissenschaftlichen Disziplinen, Philosophie, Theologie, Recht und Anthropologie, Politik, Geschichte, Soziologie, Kunst und Literatur, zugleich die naturwissenschaftlichen Fächer. Die Enzyklopädie gibt so einen Einblick in die Fülle der Probleme, die für einen Vergleich der Positionen des Westens und des kommunistischen Herrschaftssystems relevant erscheinen.

Die Enzyklopädie ist der Konzeption wie dem sachlichen Aufbau nach neuartig. Sie unterscheidet sich grundsätzlich von modernen Speziallexika, wie etwa dem „Staatslexikon“ oder dem „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“, dadurch, daß sie nicht in erster Linie Spezialwissen vermitteln will, sondern die grundsätzlichen Differenzpunkte, methodologischen Probleme und wechselnden Beurteilungsmaßstäbe herausarbeitet. In Form wissenschaftlicher Abhandlungen, die unter einzelnen Stichwörtern alphabetisch angeordnet sind, werden die verschiedenen Aspekte analysiert, unter denen der zu behandelnde Gegenstand in der westlichen und der kommunistischen Forschung gesehen wird. In der Regel ist jeder Artikel in eine knappe enzyklopädische Einleitung, eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse und Auffassungen der westlichen Forschung (unter Berücksichtigung und Verzeichnung der neuesten Literatur), eine entsprechende Schilderung der marxistisch-leninistischen Auffassungen unter Berücksichtigung der Stellungnahme der sozialistischen Theoretiker seit Marx und Engels sowie einen kritischen Schlußteil gegliedert.

Die spezifische Fragestellung

Die Enzyklopädie unterscheidet sich von sowjetologischen Handbüchern grundlegend dadurch, daß sie die Standpunkte möglichst aller relevanten Richtungen referiert, die keineswegs immer mit dem Schema Ost-West in Übereinstimmung zu bringen sind. Sie verwertet zwar alle in sowjetologischen Nachschlagewerken enthaltenen einschlägigen Materialien, ja gibt darüber hinaus Auskunft über die kommunistischen Lehrmeinungen zu wissenschaftlichen Kontroversen, die bislang nur im engen Kreise der zuständigen Fachleute Beachtung gefunden haben. Sie richtet sich aber gleichwohl nicht nur an Sowjetologen und keineswegs nur an ein Publikum, das sich in erster Linie für Fragen des Kommunismus interessiert, auch wenn sie in mancher Hinsicht dem Bedürfnis nach Klärung der marxistisch-leninistischen Terminologie Rechnung trägt. Sie gibt vielmehr eine Übersicht über die unter politisch-sozialem Gesichtspunkt wichtig erscheinenden Probleme der internationalen Forschung und deren Spiegelung im kommunistischen Denken. Gegenüber normalen Fachlexika hat sie den Vorzug, die einschlägige kommunistische Literatur zu verzeichnen und damit den Fachwissenschaften die Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Forschung zu erleichtern.

Die spezifische Fragestellung der Enzyklopädie war bislang von der Forschung nur in Einzelfällen aufgegriffen worden. Daher bringen zahlreiche Artikel Ergebnisse von Untersuchungen, die von den Autoren erst im Zusammenhang mit ihrer Arbeit für die Enzyklopädie durchgeführt worden sind. Denn die vergleichende Analyse, die hier angestrebt wird, konnte in der Regel nicht bei der Gegenüberstellung der einschlägigen Materialien stehenbleiben. Vielmehr bildet eine kritische Analyse und Würdigung der von beiden Seiten vertretenen Positionen — ganz im Sinne einer auf den jeweiligen Gegenstand begrenzten Synthese — den sinnvollen Schlußteil der einzelnen Artikel, die damit weit mehr sind als eine farblose „Bestandsaufnahme“. Angesichts der Schwierigkeit, Autoren zu finden, die sowohl Kenner der zu behandelnden Materie sind als auch die notwendige methodische Reflexion mitbringen, um die divergierenden Ansichten der westlichen Forschung unter grundsätzlichen Gesichtspunkten darlegen zu können, und die überdies mit der kommunistischen Forschung ihres Fachgebiets hinreichend vertraut sind, ist es in den ca. 100 Artikeln des vorliegenden Bandes (die Gesamtzyklopädie wird etwa 600—800 Artikel umfassen) nicht immer gleichmäßig gelungen, neben der Darlegung der abweichenden Auffassungen die diesen zugrunde liegenden methodischen und ideologischen Prämissen herauszuarbeiten. Gleichwohl ist der methodische und fachliche Standard des vorliegenden Bandes nicht zuletzt durch die Mitarbeit eines international zusammengesetzten Herausgeberkollegiums vorbildlich und ist die Gefahr vermieden worden, ein tendenziöses Schwarzweiß-Bild zu liefern.

Anregung für produktive Auseinandersetzung

Ganz abgesehen davon, daß die Enzyklopädie als Ganzes — wie jeder einzelne Band — eine Fülle von bislang schwer erreichbarem und kaum verwertetem Material zusammenträgt und durch sorgfältige Bibliographien ergänzt, damit als allgemeines wissenschaftliches Nachschlagewerk unentbehrlich sein wird, liegt ihre eigentliche Bedeutung darin, daß sie bewußt die Scheidewand zwischen Sowjetologie einerseits und Fachwissenschaften andererseits einreißt und damit einen wesentlichen Beitrag

dazu leistet, daß sich die westliche Welt, konfrontiert mit der Politik, Theorie und Wissenschaft des sowjetischen Kommunismus, über ihre spezifischen geistigen Grundlagen Rechenschaft gibt und zugleich von einseitigen Klischees abrückt, die ein Verständnis der kommunistischen Welt behindern und zu einer falschen Einschätzung des Gegenspielers führen. Gewiß bietet die Enzyklopädie, wenn sie fertiggestellt sein wird, keine Synthese im Sinne einer übergreifenden Gegenposition des Westens, die angesichts der in Bewegung geratenen Fronten nicht möglich ist; wohl aber kann sie beanspruchen, eine Reihe von Voraussetzungen und Anregungen für eine produktive Auseinandersetzung zwischen westlicher und marxistisch-leninistischer Wissenschaft gelegt zu haben.

Der mögliche Einwand dagegen, daß die Herausgeber darauf verzichtet haben, Wissenschaftler aus dem sowjetischen Bereich zur Mitarbeit heranzuziehen, so daß eine vorurteilsfreie Schilderung der marxistisch-leninistischen Auffassungen nicht erreicht worden sei, übersieht den einfachen Tatbestand, daß in einem solchen Falle jeder Artikel zwei terminologisch und sachlich auseinanderklaffende Texte enthalten hätte, die keinerlei informativen Wert für den nicht sachkundigen Leser besessen hätten. Voraussetzung vergleichender Analyse ist hingegen, daß sie nicht schematisch, sondern unter einem einheitlichen Gesichtspunkt vorgenommen wird. Durch die Mitarbeit zahlreicher internationaler Gelehrter von durchaus unterschiedlicher politischer Provenienz und Orientierung ist gewährleistet, daß die Enzyklopädie als Ganzes ein Spektrum der in der westlichen Welt vertretenen Auffassungen bietet. Erst nach Fertigstellung des Gesamtwerks wird es möglich sein, Aussagen darüber zu machen, ob — unabhängig von der äußerlichen Einheitlichkeit in Aufbau und Gliederung der Artikel — die im einzelnen divergierenden Urteilmaßstäbe der Autoren in bestimmten Grundaxiomen zusammenschießen, die möglicherweise Rückschlüsse auf die der westlichen Welt gemeinsamen geistigen Grundlagen zulassen. Auch in dieser Hinsicht ist die Enzyklopädie ein Experiment, das aber, ungeachtet aller entgegenstehenden technischen Schwierigkeiten, den Bedürfnissen der Wissenschaft in einer geteilten und gleichwohl gemeinsamen Welt unmittelbar entspringt.

Aus der Ökumene

Friedensarbeit und Glaubenskrise in der EKD

Vorschau auf den 13. Deutschen Evangelischen Kirchentag

Der 13. Deutsche Evangelische Kirchentag findet zwar erst Ende Juni 1967 in Hannover statt, aber die Größe seines Themas „Frieden“ und die drohende Absage der im Frühjahr 1966 gebildeten „Bekennnisbewegung Kein anderes Evangelium“, mit ihren Massen am Kirchentag teilzunehmen, haben eine frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit notwendig gemacht. Beide Probleme, die realistische Sicherung des Weltfriedens wie auch die Aufspaltung des Kirchenvolkes in zwei Schichten, eine kritisch-moderne und eine konservativ-fundamentalistische, die einander nicht mehr verstehen, haben auch Bedeutung für die Katholiken. Der kommende Kirchentag

wird wohl wie kein anderer, als Erfolg wie als Fehlschlag, die innerste Teilnahme der katholischen Gläubigen finden, da sich ihre eigenen Sorgen in ihm spiegeln.

Wir stehen in der Tat vor denselben Problemen. Thomas Sartory begann seinen neuen ökumenischen Gesprächsbeitrag von 1966 „Eine Neuinterpretation des Glaubens“ — in anderer Weise heute fortgeführt u. a. von Ludwig Kaufmann SJ mit der Sendereihe des Südwestfunks „Glauben für heute — Denken und Umdenken“ — mit der treffenden Feststellung, daß quer durch alle Konfessionen ein tiefer werdender Graben aufbricht und man die beiden Gruppen in der Kirche nicht mehr gleichzeitig ansprechen kann, weil die eine es als Angriff auf den Glauben empfindet, was der anderen Mut macht, es noch einmal mit dem angefochtenen Glauben zu versuchen. Die Zeitschrift „Bibel und Liturgie“ (Januar/Februar 1967) hat soeben damit begonnen, in Durchführung der Offenbarungskonstitution zur formgeschichtlichen Methode der Bibel-